



Présidence du Conseil d'Etat
Präsidium des Staatsrates

CANTON DU VALAIS
KANTON WALLIS

P.P.A CH-1951 Sion Poste CH SA

An die Vernehmlassungsadressaten

Datum **23. März 2022**

Erläuternder Bericht und Vorentwurf zur Änderung des Gesetzes über die Information der Öffentlichkeit, den Datenschutz und die Archivierung (GIDA)

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Auslöser für den in die Vernehmlassung geschickten Vorentwurf zur Änderung des Gesetzes über die Information der Öffentlichkeit, den Datenschutz und die Archivierung (GIDA; SGS/VS 170.2) war die Motion «Dringende Totalrevision des GIDA» (6.0103), die am 9. Mai 2019 von der kantonalen Datenschutz- und Öffentlichkeitskommission, vertreten durch ihren Präsidenten, eingereicht worden war. Mit dieser Motion wurde eine Revision des GIDA gefordert, um unterschiedliche Auslegungen des Gesetzes zu vermeiden, die Befugnisse und Organisation der kantonalen Datenschutz- und Öffentlichkeitskommission zu klären und den Anforderungen des Bundesrechts sowie des Schengen-Datenschutzgesetzes gerecht zu werden. In seiner Antwort vom 10. September 2020 anlässlich der Septembersession des Grossen Rates erklärte der Staatsrat, dass er die Revision des GIDA unverzüglich an die Hand nehmen werde, um es mit dem neuen Bundesgesetz über den Datenschutz sowie dem modernisierten Übereinkommen zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten vom 28. Januar 1981 in Einklang zu bringen.

Ganz allgemein ist das GIDA seit seiner Verabschiedung im Jahr 2008 weitgehend unverändert geblieben, während sich die Datenschutzgesetzgebung sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene stark weiterentwickelt hat. Während einige dieser Erlasse im Europäischen Wirtschaftsraum direkt anwendbar sind und daher in spezifischen Bereichen auch die Schweiz betreffen, müssen andere Texte in das nationale und das kantonale Recht übertragen werden.

Der vorliegende Vorentwurf zur Änderung des GIDA versteht sich daher als Anpassung an die einschlägige europäische und nationale Gesetzgebung. Sie betrifft also nicht den Teil des GIDA, der sich mit der Information der Öffentlichkeit befasst, sondern sieht vielmehr eine allgemeine Aktualisierung der Bestimmungen im Bereich des Datenschutzes vor, um verschiedenen europäischen und eidgenössischen Erlassen Rechnung zu tragen, wie dem Übereinkommen zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten vom 28. Januar 1981 (Übereinkommen 108), der Totalrevision des Bundesgesetzes über den Datenschutz (DSG) vom 19. Juni 1992, der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (DSGVO) und der Richtlinie (EU) 2016/680 vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die zuständigen Behörden zum Zwecke der Verhütung, Ermittlung, Aufdeckung oder Verfolgung von Straftaten oder der Strafvollstreckung sowie

zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung des Rahmenbeschlusses 2008/977/JI des Rates (Richtlinie [EU] 2016/680).

Vor diesem Hintergrund ersuchen wir Sie um Ihre Stellungnahme zu diesem Vorentwurf zur Änderung des GIDA und bitten Sie, uns **bis zum 31. Mai 2022** Ihre Anmerkungen und Anregungen mitzuteilen.

Die Vernehmlassungsunterlagen sind auf der Website des Staates Wallis verfügbar (<https://www.vs.ch/de/web/che/laufende-kantonale-vernehmlassungen>).

Die Stellungnahmen können per Post an die Staatskanzlei, Verwaltungs- und Rechtsdienst, Place de la Planta 3, 1951 Sitten oder per E-Mail an chancellerie@admin.vs.ch geschickt werden.

Wir möchten darauf hinweisen, dass die eingereichten Stellungnahmen nach Abschluss des Vernehmlassungsverfahrens veröffentlicht werden können.

Wir danken Ihnen im Voraus für Ihr Interesse an der vorliegenden Vernehmlassung und verbleiben mit freundlichen Grüßen.



Frédéric Favre
Präsident des Staatsrates

Anhang Vorentwurf zur Änderung des GIDA
Erläuternder Bericht